

Karl Aiginger, Marcus Scheiblecker

Österreich 2025: Eine Agenda für erhöhte Dynamik, sozialen Ausgleich und ökologische Nachhaltigkeit

Österreich 2025: Eine Agenda für erhöhte Dynamik, sozialen Ausgleich und ökologische Nachhaltigkeit

Österreichs Wirtschaft steht heute vor neuen Herausforderungen: Nach einem beeindruckenden Aufstieg in die Gruppe der einkommensstärksten Volkswirtschaften wächst sie nun schon seit einem halben Jahrzehnt nur schwach, die Arbeitslosigkeit steigt. Die Kombination aus geringem Wachstum und höherer Inflation kann prima facie als wettbewerbsbedingte Produktionsschwäche gedeutet werden. Eine Rückkehr an die Spitze erfordert eine neue Strategie. Angesichts dieser Diagnose erarbeitet das WIFO in seinem aktuellen Forschungsprogramm "Österreich 2025" auf der Basis detaillierter Analysen eine über fünf Politikfelder gespannte Reformagenda: 1. Innovationen stärken mit Fokus auf Erhöhung der Energie- und Ressourcenproduktivität, 2. ökonomische Dynamik heben durch Investitionen in neue Infrastruktur, Senkung der Einkommensunterschiede und Verringerung der Regulierungsdichte, 3. Arbeitslosigkeit bekämpfen durch Qualifikationsstrategien, symmetrische Flexibilisierung der Arbeitszeit sowie Senkung der Abgaben auf den Faktor Arbeit, 4. Entkoppelung des Energie- und Materialverbrauches vom Wirtschaftswachstum und 5. den öffentlichen Sektor als Motor der Reform einsetzen durch Umstrukturierung der Abgaben (bei insgesamt sinkender Abgabenbelastung).

Austria 2025: An Agenda for higher Dynamics, Social Balance and Environmental Sustainability

Today, the economy in Austria is faced with new challenges: after the impressive feat of rising into the league of highest-income countries, it has managed only sagging growth for the past half-decade, and unemployment is on the rise. The combination of low growth and higher inflation (relative to other countries) can be interpreted as result of competition in the private sector or inefficiency in the public sector. Returning to the top requires a new strategy. Given this diagnosis, WIFO, in its current research programme entitled "Austria 2025", is developing detailed analyses into a reform agenda that covers five political fields: 1. strengthen innovation and focus on increasing energy and resource productivity, 2. boost economic dynamism by investing in new infrastructure, cut down on income gaps and make inroads on the jungle of regulations, 3. fight unemployment by implementing skilling strategies, make working hours systematically more flexible and cut taxes on labour, 4. sever the link between energy and materials consumption and economic growth, and 5. make use of the public sector as a reform engine by restructuring taxes (while reducing the tax burden in general).

Kontakt:

Prof. Dr. Karl Aiginger: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Karl.Aiginger@wifo.ac.at

Dr. Marcus Scheiblecker: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Marcus.Scheiblecker@wifo.ac.at

JEL-Codes: L16, O25, O44, Q56 • **Keywords:** Wettbewerbsfähigkeit, Wachstumspfad, Industriepolitik, nachhaltiges Wachstum

Das Forschungsprogramm "Österreich 2025" wird von Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, Oesterreichischer Nationalbank, Klima- und Energiefonds, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz und Hannes Androsch Stiftung bei der Österreichischen Akademie der Wissenschaften finanziell unterstützt. Einzelne Projekte finanziert durch die Bundesarbeitskammer, das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, die Landwirtschaftskammer Österreich und die Wirtschaftskammer Österreich werden ebenfalls im Rahmen des Forschungsprogrammes abgewickelt.

Begutachtung: Gunther Tichy • **Wissenschaftliche Assistenz:** Martina Einsiedl (Martina.Einsiedl@wifo.ac.at)

1. Motivation und Aufbau des Forschungsprogrammes "Österreich 2025"

Österreichs Wirtschaft steht vor großen Herausforderungen: Das Wachstum erreichte in den vergangenen vier Jahren real höchstens 1% und blieb 2014 und 2015 sogar deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Die Arbeitslosenquote steigt in nationaler Definition auf einen Höchstwert nahe 10%. Die Nettoeallöhne pro Kopf sanken in fünf der vergangenen acht Jahre. In vielen Zukunftsbereichen vergrößert sich der Abstand zu den führenden Ländern: Im Innovationsranking der EU fiel Österreich vom 6. auf den 10. Rang zurück, im Umweltranking der Yale University vom 3. auf den 12. Rang unter den EU-Mitgliedsländern. Hinsichtlich der Breitbandinfrastruktur und im Pisa-Ranking der Schülerkompetenzen liegt Österreich im Mittelfeld, bezüglich der Gleichstellung der Geschlechter im unteren Drittel.

In den vergangenen Jahrzehnten vollzog sich in Österreich ein Aufholprozess, der den Aufstieg in die Gruppe der Länder mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen und hoher Erwerbsquote ermöglichte. Der Wirtschaftspolitik gelang es, die neuen Rahmenbedingungen für Österreich – EU-Integration, Ostöffnung, Globalisierung, Diffusion neuer Technologien – in einen "Wachstumsbonus" umzusetzen, mit niedriger Arbeitslosigkeit und steigendem Anteil erneuerbarer Energie.

Nicht gelungen ist es aber, diesen Aufstieg mit einer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik abzusichern, die diese Spitzenstellung als Herausforderung annimmt und durch eine Frontrunner-Strategie ausbaut. Vielmehr orientiert sich Österreich an Ländern in der mittleren Einkommensposition. Als zweites wesentliches empirisches Faktum sind der öffentliche Sektor und seine Subsysteme durch hohe Aufwendungen mit der Erreichung von bloß mittelmäßigen Ergebnissen gekennzeichnet. Dies gilt für das Ausbildungssystem ebenso wie für das Forschungs- und Innovationsystem, für das Gesundheitssystem und für die Familienpolitik. Drittens bröckelt der wirtschaftspolitische Konsens als Voraussetzung für eine kohärente, zukunftsorientierte Strategie, und dies spiegelt sich in Reformstau und der Verteidigung althergebrachter Privilegien durch einflussreiche Lobbyinggruppen.

Österreich steht daher an einer Weggabelung zwischen einem langsamen, aber stetigen Positionsverlust oder der Rückkehr zur Spitzenposition: Die Fortführung einer Politik, welche die aus der Spitzenposition resultierenden Herausforderungen nicht wahrnimmt und sich stattdessen in ihren Ambitionen an Mittelpositionen orientiert, wird einen langsamen Rückfall zu eben dieser Mitte zur Folge haben.

Die Alternative ist ein Umschwenken mit dem Ziel einer Rückkehr zur Spitzenposition. Dies erfordert eine wirtschaftspolitische Agenda für eine verstärkte Dynamik, sozialen Ausgleich und ökologische Nachhaltigkeit mit der gemeinsamen Zielausrichtung auf die Steigerung der Lebensqualität.

Im Forschungsprogramm "Österreich 2025" entwickelt das WIFO eine Reformagenda für eine Rückkehr zur Spitzenposition. Sie stützt sich auf 23 Forschungsprojekte und bindet die Erfahrungen aus dem 2006 veröffentlichten WIFO-Weißbuch "Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation" (Aiginger – Tichy – Walterskirchen, 2006) ein sowie die Ergebnisse des europäischen Forschungsprogrammes im Auftrag der Europäischen Kommission "WWWforEurope" (Aiginger, 2016).

Einige bereits vorliegende Zwischenergebnisse, die im Folgenden diskutiert werden, können angesichts der Reformpläne der Bundesregierung und der anhaltenden Wachstumsschwäche notwendige wirtschaftspolitische Prozesse beschleunigen.

2. Der internationale Rahmen: Weltweite Trends als Herausforderung

2.1 Globalisierung

Die Globalisierung verändert anhaltend Wirtschaft und Gesellschaft. Die Weltwirtschaftsleistung stieg seit 1990 preisbereinigt um 150%, der reale Welthandel um 245% (+3,6% bzw. +5% p. a.). Selbst in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 wuchs die Weltwirtschaft, während das BIP in allen Industrieländern zurückging. Ein Schwerpunkt des Wachstums lag in den letzten Jahrzehnten in China und in anderen rohstoffreichen Ländern; nun dürfte die Wirtschaft in Indien stärker wachsen als in China; Afrika dürfte ein Wachstumsträger mit stark zunehmender Bevölkerung werden. Sofern nicht politische Spannungen die wirtschaftlichen Chancen durchkreuzen, scheinen für Österreich besonders der Schwarzmeerraum und Nordafrika interessant – für diese Regionen werden Wachstumsraten von über 5% pro Jahr erwartet ("nahe Globalisierung").

Schwerpunktfeld Wirtschaft: Wettbewerbsfaktoren für Spitzenposition

Globalisierungsstrategie Österreich 2025: Das Außenhandelspotential auf ausgewählten Zukunftsmärkten

Elisabeth Christen (Projektleitung)

Der Außenhandel gewann in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung für die österreichische Wirtschaft, der Warenexport wurde zum wichtigsten Wachstumsmotor. Aus einer mittelfristigen Perspektive ist die Schwachstelle der Außenwirtschaft die einseitige geographische Konzentration auf den europäischen Markt, deren Folgen sich im Zuge der europäischen Schuldenkrise zeigten. Vor diesem Hintergrund wird ausgelotet, welche aufstrebenden Wirtschaftsräume ein Potential für den Export heimischer Waren und Dienstleistungen und damit Chancen für österreichische Unternehmen bieten. Im Detail untersucht die Studie das makroökonomische Umfeld und die mittelfristigen Wachstumsaussichten der ausgewählten Länder und analysiert anhand eines Gravitationsmodells die Wettbewerbsposition Österreichs auf diesen Märkten. Auf Basis von unterschiedlichen Entwicklungsszenarien wird gezeigt, wie die österreichische Wirtschaftspolitik zur Ausnutzung und Ausdehnung der Außenhandelspotentiale beitragen kann. Im Vordergrund stehen wirtschaftspolitische Maßnahmen, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit von österreichischen Unternehmen stärken. Abschließende wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen beschreiben Maßnahmen für den Aufbau von neuen und die Intensivierung bestehender Exportbeziehungen mit diesen Ländern.

Industrie 2025: Wettbewerbsfähigkeit, Standortfaktoren, Markt- und Produktstrategien und die Positionierung österreichischer Unternehmen in der internationalen Wertschöpfungskette

Werner Hölzl (Projektleitung)

Wie Strukturanalysen der österreichischen Wirtschaft zeigen, vollzog sich der Strukturwandel in Österreich weitgehend innerhalb der Branchen und ging mit einer kontinuierlichen Verbesserung der Qualität der produzierten Waren und Dienstleistungen einher (Upgrading). Dennoch verlangsamt sich seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise die Wachstumsdynamik des Außenhandels der Sachgütererzeugung. Dies wirft Fragen in Bezug auf die künftige Entwicklung der österreichischen Industrie und des Industriestandortes Österreich auf. Im Rahmen des Projektes wird ein geeignetes Indikatorenset erarbeitet, um die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie darzustellen. Anhand einer Unternehmensbefragung werden die Veränderung der Wertschöpfungsstrategien (insbesondere Produkt-, Sourcing- und Marktstrategien), die Positionierung in Wertschöpfungsketten und die Kernkompetenzen österreichischer Unternehmen erhoben. Daraus werden die Implikationen für (institutionelle) Standortfaktoren und die Wirtschaftspolitik analysiert.

Wettbewerb und Regulierung

Michael Böheim (Projektleitung)

Der durch "Überregulierung" verursachte Mangel an Wettbewerb bildet in Österreich einen Wachstumsengpass. Durch Intensivierung des Wettbewerbs und Abbau von überschießenden Regulierungen sind in Österreich substantielle positive Effekte auf das Wirtschaftswachstum zu erwarten. In Ergänzung zu Initiativen auf der EU-Ebene sind dazu auch eigenständige wettbewerbs- und regulierungspolitische Maßnahmen notwendig. Der Spielraum für eine wachstumsfördernde Wettbewerbs- und Regulierungspolitik ist in Österreich vergleichsweise groß und könnte "budgetschonend" genutzt werden.

Einfluss der Bildungsstruktur auf das langfristige Wachstum in Österreich

Sandra Bilek-Steindl (Projektleitung)

Die langfristigen Wachstumsaussichten für Österreich werden mit dem speziellen Fokus auf Humankapital als Produktionsfaktor analysiert. Das Humankapital bemisst den ökonomischen Wert von Fertigkeiten der Arbeitskräfte. Der Wert des Humankapitals wird anhand des damit erzielbaren Einkommens entsprechend Katz – Murphy (1992) erstmals für Österreich geschätzt. Ein qualitativ hochwertiger Humankapitalbestand erhöht nicht nur die Innovationskraft einer Volkswirtschaft, sondern verbessert auch deren Fähigkeit, technologische Innovationen aus dem Ausland nutzbringend einzusetzen. Diese Absorptionskapazität ist für kleine offene Volkswirtschaften wie Österreich besonders wichtig. Der in Effizienzeinheiten gemessene Humankapitalbestand wird dann in eine Produktionsfunktion eingebunden, um das Produktionspotential Österreichs zu berechnen. Dies erlaubt es, die Wachstumsbeiträge getrennt nach Inputfaktoren darzustellen und die Effekte von Politikentscheidungen zu simulieren; so lassen sich etwa die Produktionseffekte verstärkter Bildungsanstrengungen schätzen.

Unternehmensinvestitionen in Österreich: Entwicklung, Wachstumswirkungen, Bestimmungsfaktoren und investitionspolitische Maßnahmen

Martin Falk (Projektleitung)

Das Projekt untersucht die Bestimmungsgründe und Auswirkungen der privaten Unternehmensinvestitionen auf Basis von Unternehmensdaten und Branchendaten. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob eine private Investitionsschwäche oder Investitionslücke besteht. Wichtige Determinanten sind die Finanzierungssituation (Fremdkapital) und die Rahmenbedingungen. Auf Basis der Ergebnisse werden Schlussfolgerungen in Hinblick auf investitionspolitische Maßnahmen gezogen.

Determinants of Innovation Outcomes. A Comparative Analysis of Austria

Jürgen Janger (Projektleitung)

Many countries aspire to a position of "innovation leader". The Austrian government has set the goal of Austria to become an innovation leader by 2020. However, there is little consensus on what actually constitutes leading innovation performance and its drivers. This research project attempts to empirically identify various innovation leader concepts and to investigate their drivers, among them structural change towards knowledge-intensive industries and quality upgrading of existing industrial specialisations.

Der relativ enge österreichische Inlandsmarkt ist in der globalisierten Weltwirtschaft kein Nachteil mehr, die Risiken des relativ großen Exportsektors können durch Diversifikation der Zielmärkte verringert werden. Die Konkurrenz wird durch Globalisierung intensiver – auf Heim- wie auch auf Zielmärkten. Der Wettbewerbsvorsprung der Exporteure muss durch unternehmensspezifische Vorteile ("Unique Selling Propositions") erarbeitet werden.

Österreichs Wirtschaft gehört zu den am stärksten globalisierten Volkswirtschaften in der EU und auch weltweit. Im KOF-Globalisierungsranking liegt Österreich an 4. Stelle in der EU. Die Wirtschaft profitierte von der Globalisierung: Die Exporte wuchsen einschließlich Dienstleistungen stärker als die Importe und auch als der Heimmarkt. Österreichs Leistungsbilanzdefizit (1994 –3% des BIP) drehte sich dadurch in einen stabilen Überschuss (Durchschnitt 2014/15: 2,3% des BIP). Die Beschäftigung stieg seit 1990 um 20%, die Erwerbsquote um 4 Prozentpunkte auf 75,4% (2014).

2.2 Demographie

Das Durchschnittsalter erhöht sich in der EU einerseits durch den Anstieg der Lebenserwartung (bei der Geburt um zwei bis drei Monate pro Jahr), andererseits durch eine Geburtenrate, die zu niedrig ist, um die Bevölkerung (ohne Migration) konstant zu halten. Weil das Arbeitskräfteangebot deshalb sinken könnte, sind die längerfristigen Wachstumsprognosen für die EU – und hier besonders für Deutschland – niedriger als für die USA. Die Befürchtung eines quantitativen Arbeitskräfteengpasses bis 2030 ist für die EU aber nicht berechtigt; mehrere Quellen für zusätzliche Beschäftigung sind verfügbar (Aiginger, 2016):

- Eine Erhöhung des arbeitsfähigen Alters ist durch den Anstieg der Lebenserwartung und die Verbesserung des Gesundheitszustandes möglich und zur Finanzierung des Pensionssystems auch notwendig.
- Ein zusätzliches Potential ergibt sich durch die zunehmende Angleichung der Beschäftigungsquote von Frauen an die der Männer.
- Die Integration der heutigen Arbeitslosen und Unterbeschäftigten in die Beschäftigung aktiviert vorhandene Reserven.
- Eine stärkere innereuropäische Migration und eine anhaltende Immigration aus Nicht-EU-Ländern vergrößert ebenso das Angebot.

Schwerpunktfeld Bildung: Zukunftsthemen in das Bildungssystem integrieren

Bildung 2025: Herausforderungen für die Organisation eines zukunftsfähigen Bildungssystems

Julia Bock-Schappelwein (Projektleitung)

Autonomie wird in der aktuellen Bildungsdiskussion als notwendiger Reformschritt eingemahnt. Im Rahmen des Forschungsprogrammes "Österreich 2025" werden die unterschiedlichen Aspekte von Autonomie innerhalb des Bildungssystems aufgezeigt und die relevanten Steuerungsmechanismen diskutiert. Die zentrale Frage ist, wie Schulautonomie und staatliche Kontrolle innerhalb eines Bildungssystems zu definieren sind. Dafür werden aus einem internationalen Überblick über die Ausgestaltung von Bildungssystemen Anhaltspunkte zu den Ausgestaltungsmöglichkeiten von Schulverwaltung und Handlungsempfehlungen für Österreich abgeleitet. Diskutiert werden zudem die Herausforderungen und Optionen für die Gestaltung eines Bildungssystems und die Finanzierung der Bildungsbeteiligung vor dem Hintergrund fragmentierter Erwerbsbiographien und wachsender Anforderungen an Erwachsene zur beruflichen Neuorientierung.

Das Problem liegt daher nicht in einem quantitativen Mangel an Arbeitskräften, sondern in der Diskrepanz (Mismatch) zwischen angebotener und nachgefragter Qualifikation, d. h. einem Überhang an Geringqualifizierten bei gleichzeitiger Knappheit an Fachkräften. Qualifikationsprogramme sind daher ein zentraler Faktor der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, vom frühkindlichen Alter bis zur ständigen Requalifikation ("lebenslanges Lernen"). Eine bleibende Wirkung der "Alterung" ist, dass

der Anteil der Jugendlichen an der Bevölkerung und dem Arbeitskräftepotential sinkt und jener der über 65-Jährigen steigt.

Schwerpunktfeld Einkommen und Verteilung: Anker für die Binnennachfrage

Konsum, öffentliche Investitionen und Importe in Österreich

Stefan Ederer (Projektleitung)

Anhand einer Analyse ausgewählter Komponenten der österreichischen Inlandsnachfrage werden Politikmaßnahmen zu deren Förderung abgeleitet. Die Studie konzentriert sich dabei auf den privaten Konsum und öffentliche Investitionen.

Segmente mit schwacher Einkommensentwicklung

Helmut Mahringer (Projektleitung)

Seit den 1980er-Jahren hat der Lohnanteil am Volkseinkommen (die Lohnquote) deutlich abgenommen. Dieser Trend wurde zwar ab dem Krisenjahr 2009 unterbrochen, da Unternehmens- und Vermögenseinkommen stärker auf den Konjunkturreinbruch reagierten, er dürfte sich aber in Zukunft wieder fortsetzen. Das Ziel der Forschungsarbeit liegt darin, ein vollständigeres Bild über die bisherige Entwicklung der Einkommensverteilung zu liefern und dabei insbesondere die Ursachen der schwachen Entwicklung der Bruttoeinkommen der unselbständig Beschäftigten zu ermitteln. Ausgehend von dieser Darstellung des Status quo werden mögliche Entwicklungstendenzen bis zum Jahr 2025 skizziert und deren Konsequenzen für die Einkommensverteilung und die sozialen Sicherungssysteme aufgezeigt.

Segmente mit schwacher Einkommensentwicklung und beitragsorientierte Sozialversicherung

Christine Mayrhuber (Projektleitung)

Vor dem Hintergrund der in manchen Branchen und Beschäftigungsformen schwachen Markteinkommensentwicklung werden die vielschichtigen Rückwirkungen auf die Finanzierung der einkommensorientierten sozialen Sicherungssysteme näher beleuchtet.

Schwerpunktfeld Arbeitsmarkt: Wachstumsschwäche verschärft demographische Herausforderungen

Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik in Österreich. Trends und künftige Strategien

Rainer Eppel (Projektleitung)

In einer systematischen Zusammenführung und teilweisen Ergänzung des bestehenden Wissens über Arbeitslosigkeit und die Wirksamkeit arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in Österreich werden die jüngsten Trends der aggregierten Arbeitslosigkeit und ihrer zentralen Determinanten auf der Angebots- und Nachfrageseite beschrieben (insbesondere Demographie, Erwerbsbeteiligung, Zuwanderung, Wirtschaftswachstum). In diese Zusammenschau fließen die aktuellsten Prognosen der Entwicklung von Bevölkerung, Arbeitskräfteangebot und Beschäftigung ein. Zudem wird auf Analysen mit Mikrodaten zurückgegriffen, um die Struktur und Dynamik von Arbeitslosigkeit näher zu beleuchten und besondere Risikogruppen zu identifizieren. Letztlich erfolgt eine Bestandsaufnahme der verfügbaren Evidenz zu den Beschäftigungswirkungen der Arbeitsmarktpolitik in Österreich. Auf dieser Grundlage sollen Strategien für den künftigen Umgang mit Arbeitslosigkeit bei schwachem Wirtschaftswachstum und wachsendem Arbeitskräfteangebot vorgeschlagen werden.

Verteilung der Arbeitszeit als Ansatzpunkt für einen Ausgleich der Erwerbschancen

Hedwig Lutz (Projektleitung)

Vor dem Hintergrund eines tendenziell sinkenden bzw. stagnierenden Arbeitsvolumens, einer zunehmenden Heterogenisierung der Beschäftigungsformen und der Erwerbsarbeitszeit, einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit, der Notwendigkeit einer längeren Erwerbsintegration von Älteren und des Zieles der Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern wird in diesem Themenschwerpunkt die Verteilung der Arbeitszeit von unselbständig Beschäftigten analysiert. Neben einem internationalen Vergleich der Entwicklung und Verteilung der Erwerbsarbeitszeit werden die personenbezogene Verteilung von bezahlter Erwerbsarbeit und das damit verbundene Erwerbseinkommen beleuchtet. Die Studie befasst sich zudem mit den institutionellen Aspekten sowie mit Möglichkeiten und Grenzen einer gleichmäßigeren Verteilung von Erwerbsarbeit zwischen den Personengruppen und erarbeitet Empfehlungen im Hinblick auf Maßnahmen und Arbeitszeitregimes, die sowohl den Arbeitszeitbedürfnissen der Arbeitskräfte als auch den Flexibilitätsanforderungen der Arbeitgeber entgegenkommen.

Prognose des Arbeitskräfteangebotes

Thomas Horvath (Projektleitung)

Die österreichische Bevölkerung wird in den nächsten Jahrzehnten weiter wachsen. Gleichzeitig wird aber die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter bis 2030 vermutlich leicht sinken. Wieweit sich diese demographische Veränderung im tatsächlichen Arbeitskräfteangebot (Summe aus Beschäftigten und Arbeitslosen) spiegeln wird, hängt wesentlich vom Erwerbsverhalten ab. Wie die Analyse der Entwicklung der Erwerbsquote zeigt, wirken sich die Veränderungen der Ausbildungsstruktur, langfristige Trends im Erwerbsverhalten und die Verschärfung der Pensionszugangsbestimmungen deutlich erhöhend auf die Erwerbsbeteiligung aus. Auf Basis neuer Bevölkerungsprognosen wird eine aktualisierte Schätzung der Entwicklung des Arbeitskräfteangebotes bis 2030 erarbeitet.

Die Befürchtung eines quantitativen Arbeitskräfteengpasses ist für Österreich – jedenfalls bis 2025 – noch weniger berechtigt als für die EU: Österreichs Bevölkerung wächst im Gegensatz zum EU-Durchschnitt deutlich aufgrund der Immigration aus Deutschland und den neuen EU-Ländern und schließlich der jüngsten Flüchtlingswelle. Der Anteil der nicht in Österreich geborenen erwerbsfähigen Bevölkerung (15 bis 64 Jahre) ist mit gut 20% (2015) der zweithöchste in der EU und vergleichbar mit jenem der Industrieländer mit der höchsten Immigration (Kanada, Australien). Österreich droht somit – noch weniger als den meisten anderen EU-Ländern – bis 2025 kein quantitativer Engpass.

2.3 Strukturwandel

Die europäische Gesellschaft unterliegt einerseits durch den einkommensbedingten Wandel der Sektorstruktur (mit steigendem Einkommen verlagert sich die Wirtschaftsstruktur zum Dienstleistungssektor) und andererseits durch die Globalisierung einem starken Strukturwandel. Der Anteil der Landwirtschaft am BIP schrumpfte von 2,4% (1995) auf 1,3% (2014), der Industrieanteil von 17,8% (1995) auf 13,6% (2014)¹⁾.

Schwerpunktfeld Sozialsystem: Neue Risiken und soziale Innovationen

Die gesundheitliche Dimension der Beschäftigungsfähigkeit. Bedarfsanalyse und Reformvorschläge

Thomas Leoni (Projektleitung)

Neben einer Bedarfsanalyse in Bezug auf die Beschäftigungsfähigkeit und die Vermittlung von Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen in Österreich werden die unterschiedlichen Ansätze untersucht, die international erprobt und implementiert wurden, um Arbeitsunfähigkeit zu bekämpfen und die gesundheitliche Komponente der Beschäftigungsfähigkeit zu fördern. Auf dieser Basis werden handlungspolitische Empfehlungen abgeleitet.

Österreich als Einwanderungsland

Thomas Horvath (Projektleitung)

Österreich hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einem Einwanderungsland gewandelt. Im Rahmen des Projektes werden die Konsequenzen der Migration auf die unterschiedlichsten Teilbereiche des Sozialsystems anhand einer umfassenden Literaturanalyse untersucht. Im Mittelpunkt stehen dabei die Herausforderungen durch den mobilen, steigenden und zunehmend heterogenen Bevölkerungsanteil der im Ausland Geborenen und der zweiten Generation an die unterschiedlichen Dimensionen des Sozialsystems (Bildungspolitik, Familienpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Gesundheitspolitik, Pflege, Altersvorsorge, Pensionssystem) sowie die verbleibenden Instrumente zur Migrationssteuerung.

Finanzierungsalternativen für die Alterssicherung vor dem Hintergrund einer weiteren Destandardisierung der Erwerbs- und Einkommensverläufe

Christine Mayrhuber (Projektleitung)

In der Studie werden Ansatzpunkte entwickelt für die Weiterentwicklung bzw. den Umstieg in ein Alterssicherungssystem, welches den flexiblen Beschäftigungs- und Einkommensformen gerecht wird.

Entwicklung der Pflegevorsorge in Österreich

Ulrike Famira-Mühlberger (Projektleitung)

Die Finanzierung und effiziente Ausgestaltung der Langzeitpflege gewinnt wegen der demographischen Entwicklung an politischer Bedeutung. Auf Basis der neuen Pflegedienstleistungsdatenbank, die erstmals flächendeckend Details zum Leistungsumfang auf regionaler Ebene und auf Basis der einzelnen Träger enthält, wird der Finanzierungsaufwand der Langzeitpflege bis zum Jahr 2030 und darüber hinaus geschätzt. In einem zweiten Modul beschäftigt sich dieses Projekt mit der öffentlichen Finanzierung der Pflegevorsorge in Österreich. Ein steigender Finanzbedarf der Pflegevorsorge und ein künftig möglicherweise niedriges Wirtschaftswachstum machen eine nachhaltige Strategie für die Finanzierung aus öffentlichen Mitteln notwendig. Ein drittes Modul ermittelt auf Basis des regionalen Input-Output-Modells des WIFO (ASCANIO) den volkswirtschaftlichen Effekt künftiger Ausgaben im Pflegebereich.

Der Dienstleistungssektor ist nun in allen EU-Ländern der dominierende Sektor. Innerhalb des Sektors verlagert sich der Schwerpunkt von traditionellen zu hochwertigen wissensintensiven Dienstleistungen. Dieser Strukturwandel ist unaufhaltsam, weil er mit der Veränderung der Konsumnachfrage und dem rascheren technischen Fortschritt im sekundären Sektor verbunden ist (Peneder, 2014). Innerhalb der Industrie (und der

¹⁾ Der reale Rückgang war geringer, da die Preise in der Industrie unterdurchschnittlich stiegen.

Warenexporte) vollzieht sich ein Strukturwandel von den arbeitsintensiven zu den kapitalintensiven Branchen mit standardisierter Technologie. Die technologie- und wissensbasierten Branchen gewinnen an Gewicht.

Schwerpunktfeld Regionalpolitik: Neue Anforderungen an Infrastruktur und Technologie

The Position of Austrian Regions in the Global Value Chain

Gerhard Streicher (Projektleitung)

WIOD, the World Input-Output Database, contains supply and use tables for 40 countries, along with trade flows for 58 commodities. By disaggregating the information pertaining to "Austria" to the regional level (the 9 Länder) we will be able to assess the respective positions of Austria's regions in the global value chain, thereby identifying opportunities and threats posed by developments in other major economies. The base year for the analysis will be 2011, which will also serve as the base year for our new regional input-output models.

Perspektiven einer regional differenzierten Wohnungs- und Verkehrspolitik vor dem Hintergrund des demographischen Wandels in Österreich

Michael Klien (Projektleitung)

Vor dem Hintergrund des anhaltenden Bevölkerungswachstums in Österreich analysiert das vorliegende Projekt die Wohn- und Mobilitätsentscheidungen von Haushalten. Im Mittelpunkt stehen dabei die individuellen Wohnentscheidungen, welche mit Haushaltscharakteristika (Haushaltszusammensetzung, sozioökonomischer Status) und regionsspezifischen Faktoren (Wohnkosten, Arbeitsmarktsituation) zusammenhängen. Zudem soll der potentielle Trade-off zwischen Wohn- und Verkehrsmittelwahl anhand von Pendlerflussdaten dargestellt werden. Solche Simulationen können grobe Hinweise darauf liefern, wie sich die Zunahme der Wohnbevölkerung bis 2025 auf die österreichischen Großregionen verteilt. Die ermittelten Haushaltselastizitäten etwa bezüglich der Wohnkosten lassen Schlüsse zu, wie eine zielgerichtete Wohn- und Verkehrspolitik gestaltet werden kann, um die Transformationsprozesse zu unterstützen.

Österreich weist nach Deutschland und Irland den dritthöchsten Industrieanteil an der Wirtschaftsleistung in der EU 15 auf und den neunthöchsten in der EU 28. Der Anteil verringerte sich etwa parallel zum EU-Durchschnitt und langsamer als in den USA. Die Warenhandelsbilanz, die im Höhepunkt (1977) ein Defizit von 8,6% des BIP und 1991 noch -5,6% des BIP ergeben hatte, ist heute fast ausgeglichen (2015 -1,45 Mrd. € oder -0,4% des BIP).

2.4 Einkommensverteilung und Armut

Eine Obergrenze für die Differenz zwischen hohen und niedrigen Einkommen ist derzeit nicht als EU-Ziel definiert. Für die Erreichung des Ziels des sozialen Ausgleichs gilt die Beschäftigung als wichtigster Indikator. Die Verringerung der Zahl der "Armutgefährdeten" wird in den Zielindikatoren und auch im europäischen Semester angesprochen.

EU-weit könnte eine Verringerung der Einkommensstreuung den Konsum beleben. Dieser Möglichkeit stehen aber unterschiedliche Problemlagen und politische Einschätzungen sowie unterschiedliche gesellschaftliche Präferenzen in Bezug auf die Verteilung von Einkommen und Vermögen in den einzelnen EU-Ländern entgegen, und die Effekte von Lohnerhöhungen sind je nach Außenhandelsposition der EU-Länder zu beurteilen.

Die wichtigsten Hebel für eine Dämpfung der Einkommensunterschiede gemessen an den Nettoentgelten sind eine Verringerung der Belastung des Faktors Arbeit mit Abgaben und Steuern (vor allem im unteren Einkommensbereich) und – noch früher im Lebenszyklus, jedoch nur langfristig wirksam – der Ausgleich der Bildungschancen durch höhere Investitionen in die vorschulische und schulische Förderung. Eine wirtschaftspolitische Strategie in diesem Sinne könnte Österreich auch im Alleingang realisieren, da dadurch keinerlei Wettbewerbsnachteile entstehen.

In Österreich sind die Einkommensunterschiede etwas geringer als im EU-Durchschnitt. Sie werden durch Abgaben und insbesondere Transferleistungen relativ stark korrigiert. Allerdings können die wachsenden Unterschiede zwischen den Markteinkommen zunehmend nicht mehr kompensiert werden. Beide Umverteilungseffekte schwächten sich in der Vergangenheit ab, ebenso die Möglichkeit höhere individuelle Einkommensunterschiede durch Zusatzeinkommen auf Haushaltsebene auszugleichen (Rocha-Akis et al., 2016). Das Arbeitsplatzverlustrisiko variiert zunehmend je nach erworbener Qualifikation; zwischen frühen Schulabbrechern und Schulabreicherinnen sowie Hochschulabsolventen und Hochschulabsolventinnen liegt das Verhältnis bei 10 : 1 (20% versus 2%).

2.5 Klimawandel und biophysische Grenzen

Die allgemeinen Gefahren des Klimawandels und die Notwendigkeit rascher Reaktionen wurden anlässlich des Pariser Klimagipfels (United Nations, 2015) durch anspruchsvolle Zielvorgaben eindrucksvoll bestätigt. Die vereinbarten Grenzen demonstrieren den engen zeitlichen Spielraum: Bis 2050 muss der CO₂-Ausstoß in absoluten Größen radikal gesenkt werden, wenn die Erderwärmung gegenüber dem Niveau vor Beginn der Industrialisierung auf deutlich unter 2° Celsius beschränkt werden soll (Schleicher – Köppl, 2015).

Schwerpunktfeld Ländlicher Raum: Potentiale für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft

Innovation – A Motor of Growth and Employment in the Rural Economy

Franz Sinabell (Projektleitung)

Innovations are a precondition for economic growth, for an efficient use of resources and for a better quality of life. This insight motivated a stronger focus on innovation in the most recent programme of rural development. It provides approaches and measures to strengthen the innovation system in agriculture and rural areas. In order to enhance the capacities of the innovation system it is necessary to make innovations measurable. Such a monitoring system is established for non-agricultural industries. The goal of this project is to develop approaches to make innovations in agriculture measurable and to apply the concept to the Austrian agricultural sector.

Perspektiven für Österreichs Landwirtschaft bis 2025

Franz Sinabell (Projektleitung)

Im vorliegenden Projekt werden Fakten zur Entwicklung der Struktur der österreichischen Landwirtschaft und zur Produktion seit dem Jahr 2000 gesichtet und als Grundlage für Projektionen bis 2025 herangezogen. Viele der Projektionen sind keine Prognosen, sondern Fortschreibungen von Trendentwicklungen. Sie liefern somit ein Bild über Entwicklungen unter der Annahme einer gleichbleibenden Tendenz. Die Ergebnisse können verwendet werden, um im Zuge eines Strategieprozesses Zukunftsbilder zu entwickeln und geeignete Maßnahmen zu identifizieren, um angestrebte Zielzustände zu erreichen.

Bezüglich der Lastenverteilung werden in der wirtschaftspolitischen Diskussion häufig eher die Nachteile einer raschen Umstellung für Kosten und Wettbewerbsfähigkeit hervorgehoben. Stern (2007) betont allerdings, dass der Vorreiter einer konsequenten Umweltpolitik längerfristig keine oder nur kleine Wachstumsverluste zu tragen habe, der Nachzügler hingegen hohe. Wie Porter – van der Linde (1995A, 1995B) zeigen, verfügen Unternehmen in Ländern mit umweltbewussten Konsumenten und Konsumentinnen und anspruchsvollen staatlichen Standards über einen Wettbewerbsvorteil. Aktuell setzen sich gerade Länder, die bisher hinsichtlich der Vorgabe strenger Ziele (und deren internationaler Überwachung) zurückhaltend waren, häufig ehrgeizigere Programme als jene, die gemeinsame Ziele befürwortet haben. So verfolgt Kalifornien ein ambitioniertes Programm, um mineralölbasierte Autoantriebssysteme zurückzudrängen. China ist Marktführer im Bereich von Solarpanelen und weist den höchsten Anteil an Investitionen in die Nutzung von erneuerbarer Energie auf.

Österreichs Wirtschaftspolitik verzichtete nach einer relativ engagierten Phase in der Umweltpolitik nach 2000 aus Sorge um die preisliche Wettbewerbsfähigkeit bewusst auf eine Vorreiterrolle ("no goldplating"). Hohen Belastungen mit Feinstaub und Stickoxiden wurde mit administrativen Maßnahmen (Höchstgeschwindigkeit) partiell begegnet. Die Ursachen dieser Belastungen – der hohe Anteil von Dieselmotoren und Lkw am Fuhrpark und die mangelnde Übereinstimmung von gesetzlichen Grenzwerten und tatsächlichen Emissionen – wurden aber weder erkannt noch thematisiert.

Schwerpunktfeld Umwelt- und Energieinnovationen: Performance und künftige Erfolgsfaktoren

Umweltinnovationen in Österreich. Performance und Erfolgsfaktoren

Claudia Kettner-Marx (Projektleitung)

Mit der Diffusion des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung in Politik und Gesellschaft wurde zunehmend erkannt, dass die derzeitigen Produktions- und Konsummuster nur eingeschränkt zukunftsfähig sind. Auf internationaler Ebene werden Strategien für ein ökologisch nachhaltiges Wachstum diskutiert ("OECD Green Growth Strategy", "EU 2020 Strategy"). Dabei wird die Relevanz von Umweltinnovationen, d. h. die Entwicklung von umwelt- und ressourcenschonenden Technologien, hervorgehoben. Die österreichische Umwelttechnikindustrie ist eine Wachstumsbranche, die sich durch starke Exportorientierung und hohe Innovationsneigung sowie eine ständig zunehmende Internationalisierung auszeichnet. Im Rahmen des vorliegenden Projektes wird eine Ex-post-Analyse der Performance der österreichischen Unternehmen im Bereich Umweltinnovationen auf Basis der OECD-Patentdatenbanken durchgeführt. Mit Hilfe einer Befragung relevanter Akteure werden zudem Erfolgsfaktoren für eine nachhaltige Stärkung der Innovationsfähigkeit identifiziert.

Eine strategische Umweltpolitik hätte die Aufgabe, die Erreichung von Klimazielen mit wirtschaftlichen Vorteilen zu verbinden und technologische Entwicklungen zu forcieren, die auch die Wirtschaftsdynamik ankurbeln und soziale Ziele (Beschäftigung, Verteilung, Armutsbekämpfung) besser erreichbar machen. Sie ermöglicht, Wohlfahrt und Kundennutzen mit niedrigeren materiellen Inputs zu steigern.

Schwerpunktfeld Öffentliche Verwaltung: Reformwiderstände abbauen

Verwaltungsreform zwischen Effizienzstreben und Reformwiderständen

Hans Pitlik (Projektleitung)

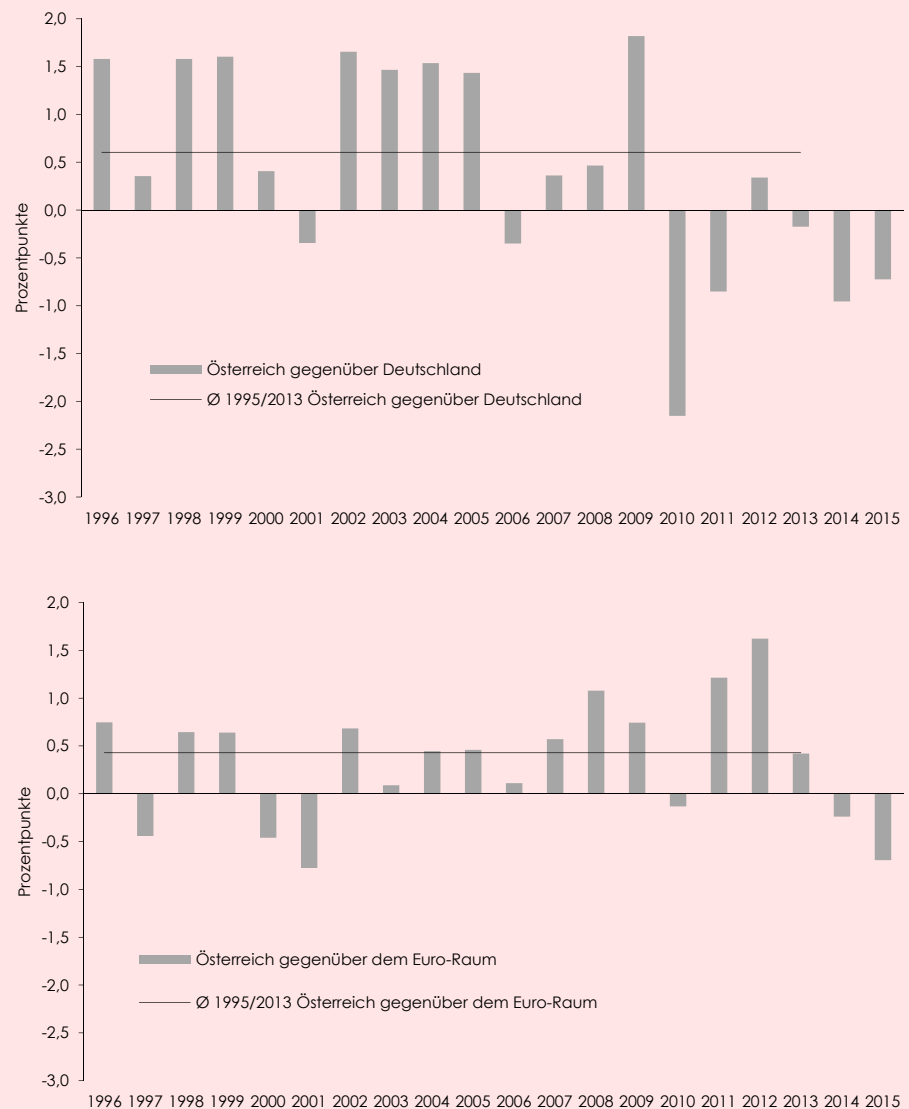
Reformen der öffentlichen Verwaltung stehen schon seit vielen Jahren hoch auf der politischen Agenda. Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz in der Administration gelten einerseits als notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft zu verbessern und Engpassfaktoren für eine Wachstumsbeschleunigung zu beseitigen. Andererseits erhofft man sich auch Einspareffekte im Zuge von Konsolidierungsbemühungen. Reformen kommen jedoch häufig nur sehr langsam voran und treffen auf erhebliche Reformwiderstände in Politik und Verwaltung. Die Studie untersucht die Bestimmungsfaktoren von Reformprozessen in der öffentlichen Verwaltung im internationalen Vergleich aus einer polit-ökonomischen Perspektive. Dabei steht die empirische Analyse von politischen und ökonomischen Hemmnissen, Treibern und Erfolgsfaktoren von effizienzorientierten Verwaltungsreformen im Vordergrund.

3. Ursachen der Wachstumsschwäche in Österreich

Die Wirtschaft wuchs in Österreich zwischen 2000 und 2013 in fast jedem Jahr stärker als Deutschland und im Durchschnitt des Euro-Raumes (Abbildung 1) und in der Regel auch stärker als im Durchschnitt der EU 28. 2012 bis 2015 erreichte das Wachstum vier Jahre in Folge höchstens 1%, 2014 und 2015 blieb es auch unter dem EU-Durchschnitt. Das BIP wuchs schwächer als die Bevölkerung (Abbildung 2), das Pro-Kopf-Einkommen sank daher. Die Ursachen dieser Entwicklung lagen in den internationa-

len Rahmenbedingungen, Strukturfaktoren, der Schwäche der Inlandsnachfrage, zunehmendem Pessimismus und in hohen Abgaben sowie der Regulierungsdichte.

Abbildung 1: Österreichs Wachstumsabstand zu Deutschland und dem Durchschnitt des Euro-Raumes



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

3.1 Wegfall günstiger Rahmenbedingungen

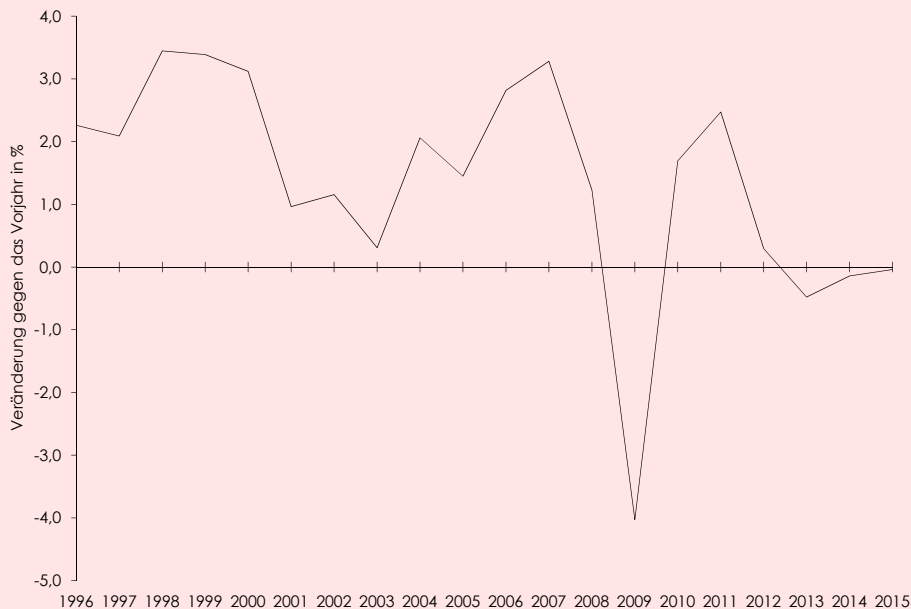
Eine der Ursachen dieser Wachstumsschwäche in Österreich war der Wegfall von bisher vorteilhaften Effekten:

Dazu zählt erstens die Marktöffnung in Ostmittel- und Südosteuropa²⁾. Breuss (2015) identifizierte den Fall des Eisernen Vorhangs, die Wiedervereinigung Deutschlands, den Beitritt Österreichs zur EU, die Einführung des Euro und die Erweiterungen der EU nach der Jahrtausendwende als "positive ökonomische Schocks". Diese hoben das durchschnittliche Wachstum in Österreich (1995/2013) um gut ½ Prozentpunkt über den Durchschnitt des Euro-Raumes (Scheiblecker, 2015). Eine nächste Markterweiterungsrunde wäre für Österreich durch die Öffnung des Schwarzmeer-

²⁾ Der EU-Beitritt Kroatiens im Jahr 2013 hatte aufgrund der geringen Größe dieses Landes kaum Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft.

raumes, die Erweiterung der EU auf den Westbalkan und das hohe Wachstumspotential in den südlichen Mittelmeerländern möglich gewesen. Hier gab es Anfangserfolge, die sich dann jedoch wegen der politischen Instabilität nicht nutzen ließen. Es kam teilweise zu Verzögerungen, teilweise zu absoluten Rückschlägen.

Abbildung 2: Reales Wachstum des BIP pro Kopf in Österreich



Q: WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Zweitens nahm die Migration nach Österreich stark zu, zuerst aus Deutschland, dann aus den Ländern der ersten EU-Osterweiterung (2004), zuletzt auch aus Bulgarien und Rumänien. Darüber hinaus stieg die Zahl der Tagespendler und Tagespendlerinnen aus dem benachbarten Ausland. Diese Arbeitskräfte aus dem EU-Ausland wiesen ein höheres Qualifikationsniveau auf als der Durchschnitt der inländischen Bevölkerung und trugen zur Flexibilisierung des Arbeitskräfteangebotes bei. Zwar bedeutete die Zuwanderung in Österreich einen teilweise willkommenen Zustrom von günstiger Arbeitskraft, brachte jedoch auch verstärkten Druck auf die Lohnentwicklung im Inland und einen Anstieg der Arbeitslosigkeit mit sich. Dieser Lohndruck unterstützte die Exportmarkterfolge, belastete allerdings zugleich die Konsumententwicklung, da ein Teil der Lohnsumme ins Ausland abfloss. Das überdurchschnittlich qualifizierte Arbeitskräfteangebot wurde in den vergangenen Jahren nicht voll für den Arbeitsmarkt genutzt: Die Migranten und Migrantinnen selbst zweiter Generation unterscheiden sich durch geringe Ausbildung und Qualifikation deutlich von der heimischen Bevölkerung, und die Höherqualifizierten werden teilweise unter ihrem Qualifikationsniveau beschäftigt.

3.2 Strukturdefizite überlagern Wettbewerbsvorteile

In den Phasen der Marktöffnung wurde dem Ausbau der Qualitätskomponente und der Nutzung von Wettbewerbsvorteilen im Handel mit nahe verwandten Produkten ("intelligente" Diversifikation) zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Ebenso wurden die Defizite in den Bereichen Bildung und Forschung, die für eine Vorrangstellung entscheidend sind, zu wenig beachtet. Sie müssen insbesondere dann ausgeglichen werden, wenn die Nachbarländer und aufstrebenden Volkswirtschaften ihre Position verbessern:

- Während die heimischen Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Relation zum BIP deutlich gesteigert wurden und Österreich damit seine gute Position im EU-Vergleich halten konnte, erreichte es im Bereich der Produktinnovationen lediglich eine durchschnittliche Position. Im EU-Innovationsranking fiel Österreich

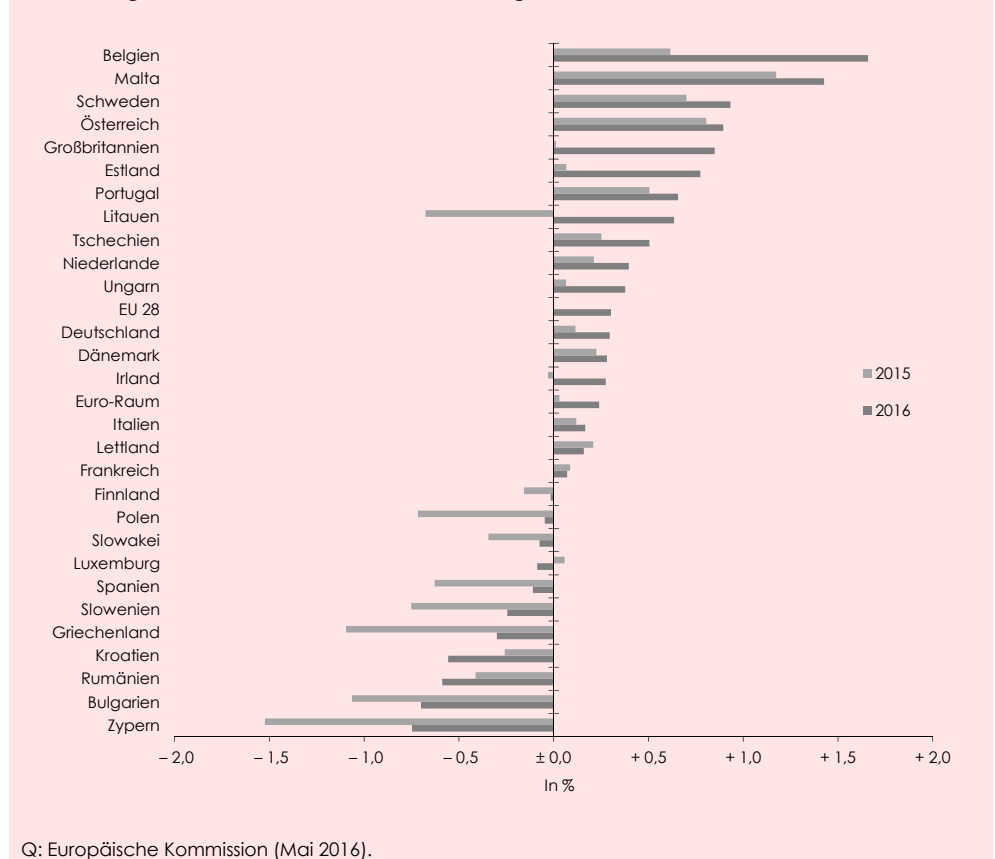
seit 2008 wieder von Rang 6 auf Rang 10 zurück (Hollanders – Es-Sadki – Kanerva, 2015).

- Das Fehlen an Wettbewerb auf geschützten heimischen Märkten spiegelt sich in einem überdurchschnittlichen Preisniveau für viele Waren und Dienstleistungen. Die Preise stiegen in den letzten Jahren weiter, wie die überdurchschnittliche Inflationsrate zeigt.
- Österreich weist einen höheren Anteil an materiellen Investitionen am BIP auf als der Durchschnitt der EU-Länder, aber einen niedrigeren Anteil an immateriellen Investitionen (Forschung, Software usw.).

3.3 Inlandsdynamik verringert

Auf der Nachfrageseite wird die Dynamik des Konsums durch den Rückgang der Nettoreallöhne behindert. Die Lohnsteigerungen lagen in den letzten Jahren über der Produktivitätssteigerung und belasteten daher die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen; zugleich ergaben sich aber durch die hohe Abgabenbelastung des Faktors Arbeit und insbesondere die "kalte Progression" sowie die hohe Inflationsrate Nettoreallohnverluste. Der Inflationsvorsprung gegenüber dem EU-Durchschnitt ist ein neues Phänomen. Traditionell lag die Inflationsrate in Österreich unter dem EU-Durchschnitt, seit 2011 war sie jedoch fast durchgehend höher. Inflationstreibend wirkt seit einiger Zeit die Preisentwicklung in einigen Dienstleistungsbereichen wie Wohnen und Tourismus, aber auch Gebührenerhöhungen. Die administrierten Preise (z. B. Gebühren für Wasser, Abwasser, Müllabfuhr) stiegen (2005/2015) um 26%, in Deutschland hingegen um 15%.

Abbildung 3: Inflationsrate in der EU im Vergleich



Ein wesentlicher Grund der Wachstumsschwäche in Österreich liegt in der Investitionszurückhaltung. Die Investitionen wuchsen seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 viel weniger dynamisch als in anderen Erholungsphasen und auch schwächer als der Cash-Flow. Diese Entwicklung ist einerseits eine Folge der Konsumschwäche, andererseits die Folge hoher Abgabenbelastung und administrativer – oft vergangenheitsorientierter und nach Bundesländern unterschiedlicher – Aufla-

gen. Ein Mangel an Zuversicht und das Gefühl der Überregulierung behindern die Investitionstätigkeit.

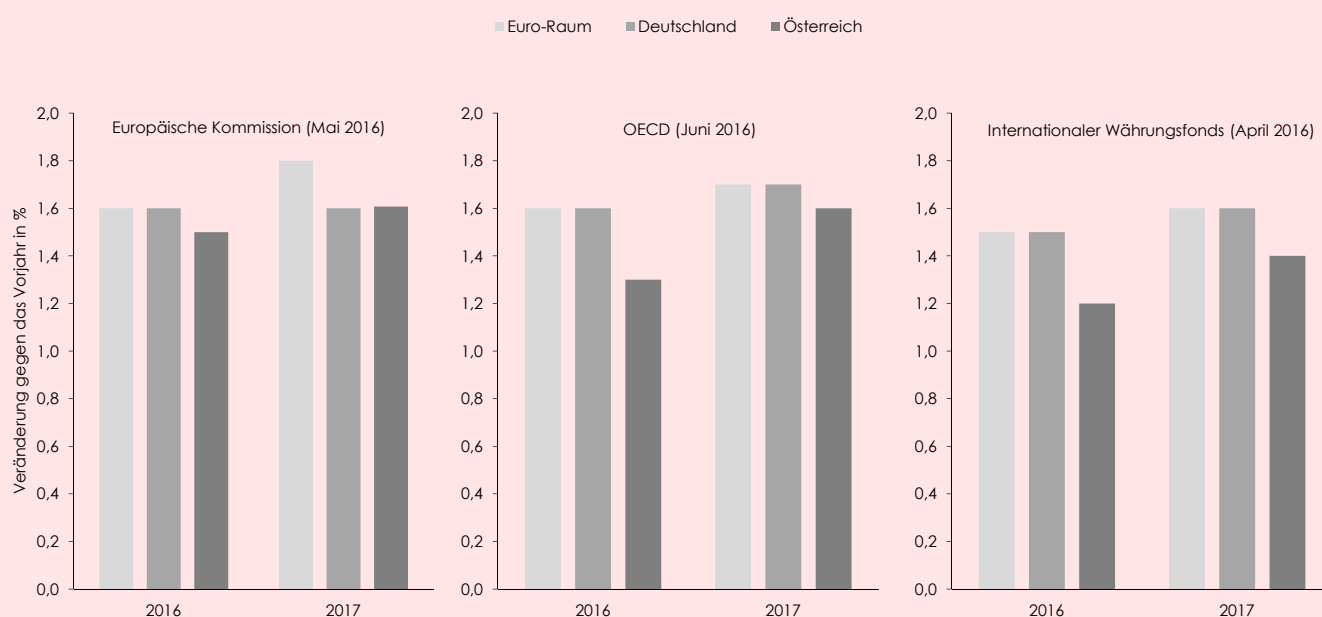
3.4 Abgabenhöhe und Abgabenstruktur

Der Staatshaushalt muss konsolidiert werden und kann derzeit weder über die Ausgabenhöhe noch durch Steuersenkungen entscheidend zu einer Belebung beitragen. Die Steuerstruktur ist nicht wachstumsfördernd und belastet den Arbeitsmarkt durch hohe Abgaben auf den Faktor Arbeit schwer. Unter den Staatsausgaben haben administrative Ausgaben, Sozialausgaben und Pensionslasten steigende Tendenz; Zukunftsinvestitionen (für Bildung, Forschung, Umweltschutz) stehen unter starkem Druck.

4. Kurz-, mittel- und langfristige Prognosen für Österreich

Aufgrund der Ergebnisse nationaler und internationaler Prognosen lässt sich nicht eindeutig feststellen, ob die heimische Wirtschaft gegenüber anderen Wirtschaftsräumen dauerhaft ins Hintertreffen gelangen wird. Solche Prognosen werden vor allem mit makroökonomischen Modellen durchgeführt, die nur vollzogene oder mit einiger Sicherheit absehbare Politikmaßnahmen einbeziehen und dadurch verursachte Strukturbrüche nicht abbilden können. Politische Unsicherheiten werden in der Konsequenz nur in der Risikoanalyse angesprochen.

Abbildung 4: Internationale kurzfristige Prognosen zum Wirtschaftswachstum
Bruttoinlandsprodukt, real



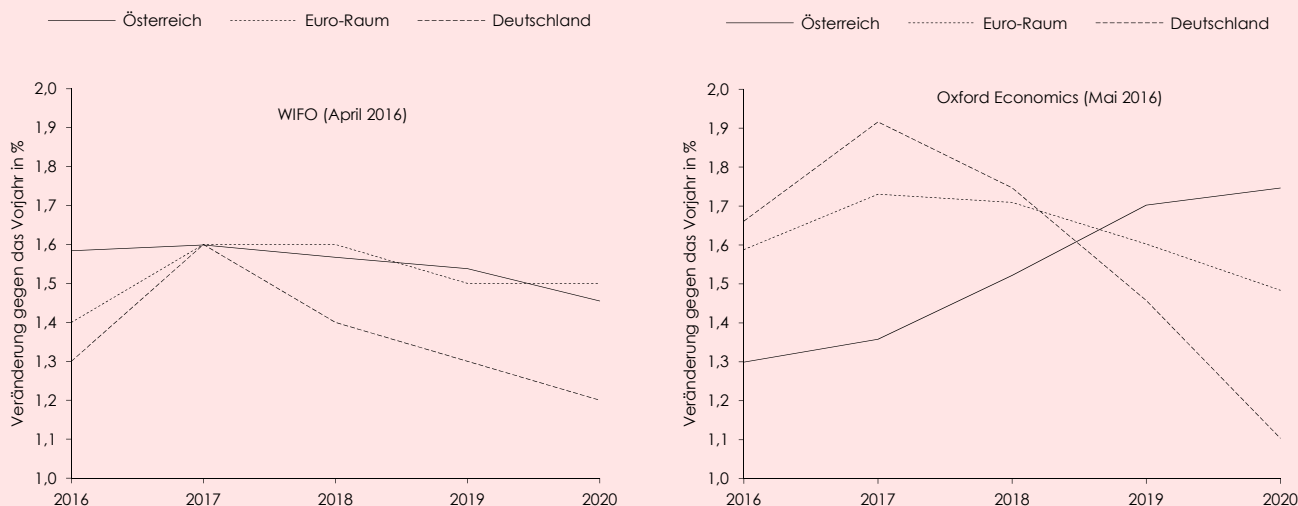
Q: Europäische Kommission, Internationaler Währungsfonds, OECD.

Die internationalen kurzfristigen Prognosen für Österreich, Deutschland und den Euro-Raum zeigen ebenfalls kein signifikantes Auseinanderklaffen der Wachstumsraten (Abbildung 4). Die aktuelle mittelfristige Prognose des WIFO für Österreich (Baumgartner – Kaniovski, 2016) erwartet für die Jahre 2016/2020 ein anhaltend schwaches Wirtschaftswachstum von jährlich durchschnittlich 1,5% (nach +1,0% p. a. 2010/2015). Darin spiegelt sich die erwartete Verbesserung der Konjunkturlage, da bis 2020 eine Trendkomponente des Wachstums von lediglich +1,3% p. a. geschätzt wird. Ähnlich prognostiziert Oxford Economics (Mai 2016) für Österreich 2016/2020 ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 1,6% (Abbildung 5). Die Erwartung einer Konjunkturbelebung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das heimische

Trendwachstum weiterhin sehr schwach ausfällt und auf Strukturprobleme hinweist. So wächst der Potentialoutput in Deutschland trotz einer schwächeren Zunahme der Bevölkerung stärker als in Österreich.

Abbildung 5: Mittelfristige Prognose von WIFO und Oxford Economics zum Wirtschaftswachstum

Bruttoinlandsprodukt, real



Q: Oxford Economics, WIFO.

Das WIFO hat jüngst in einer Ultralangfristprognose im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen die Wachstumsaussichten für Österreich – besonders hinsichtlich der Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte – untersucht (Schiman, 2016). Das langfristig erreichbare Wirtschaftswachstum wurde aufgrund von Annahmen für die gesamtwirtschaftliche Produktivität und den Arbeitseinsatz, den Kapitalkoeffizienten und den Verlauf der gesamten Faktorproduktivität (TFP) errechnet. In dieser bis zum Jahr 2060 reichenden Simulation verlangsamt sich der Beschäftigungsanstieg, nicht zuletzt weil die starke Kohorte der "Babyboom-Generation" aus dem Arbeitsmarkt ausscheidet. Das unter diesen Annahmen zu erwartende langfristige Wachstum bleibt mit knapp 1,5% p. a. deutlich unter der Rate der vergangenen Jahrzehnte. Diese Entwicklung ist jedoch nicht unabwendbar; in verschiedenen langfristigen Projektionen wird aufgezeigt, von welchen Parametern eine Wachstumsbeschleunigung abhängt, etwa der Überwindung der Konsumschwäche, einer Steigerung der Investitionen in den Bildungsbereich oder der Integration von Asylsuchenden in den Arbeitsprozess zur Hebung des Humankapitalstocks. Das Ergebnis einer Wachstumsverlangsamung in den Industrieländern resultiert in den ultralangfristigen Prognosen vor allem aus der These der säkularen Stagnation (auch als Folge der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09). Da in der Regel der langfristige Wachstumspfad von Arbeitskräfteangebot und technischem Fortschritt bestimmt wird, hat – wie die Literatur zeigt – die Wirtschaft in Ländern mit expandierendem und hochqualifiziertem Arbeitskräfteangebot und einer Frontstrategie für rascheren technischen Fortschritt das Potential stärker zu wachsen.

Die OECD bildete 2014 in einer ultralangfristigen Prognose die Folgen einer Verringerung des technischen Fortschrittes, einer Zunahme der ökologischen Probleme und der Ungleichverteilung der Einkommen sowie einer Stagnation der Weltbevölkerung auf das Weltwirtschaftswachstum bis 2050 ab (OECD, 2014). Demnach drücken diese Faktoren das Wachstum der Weltwirtschaft um rund 1 Prozentpunkt auf 2,5% p. a. (2030/2060). Dabei spielt die ökologische Beeinträchtigung durch die Klimaerwärmung eine wichtige Rolle (OECD, 2015). In dieser Simulation wird Österreich allerdings nicht gesondert berücksichtigt.

Die besprochenen Prognosen basieren auf einem "Business-as-usual"-Szenario sowohl bezüglich der wirtschaftspolitischen Konzepte als auch der Erfolgsmaßstäbe

einer Volkswirtschaft. Sie erwarten keine Umstellung der Wirtschaftspolitik durch eine Neuorientierung an anderen Zielgrößen als dem Bruttoinlandsprodukt, etwa einem breiteren Wohlstandsbegriff oder Beyond-GDP-Indikatoren.

5. Neues Erfolgsmaß

Eine stringente Reformagenda braucht einen klar definierten Erfolgskompass. Dieser sollte entsprechend den neuen Maßstäben für gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt alle Elemente gesellschaftlicher Wohlfahrt berücksichtigen. Das bisher meist als alleiniges Erfolgsmaß verwendete quantitative Ziel der Steigerung des Bruttoinlandsproduktes wird diesem Anspruch immer weniger gerecht.

Die Reformagenda "Österreich 2025" setzt daher als Maß für ihren Erfolg eine "hohe und steigende Lebensqualität". Lebensqualität resultiert aus der gleichzeitigen Verfolgung von drei strategischen Subzielen:

- ökonomische Dynamik als Perspektive steigender Einkommen, aber auch als Strukturwandel und Offenheit für Neues und gegenüber neuen Akteuren und Entwicklungen;
- sozialer Ausgleich als gleichberechtigte Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen und Einzelpersonen an der Wohlfahrtsentwicklung; dies setzt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der zunehmenden Einkommensungleichheit voraus;
- ökologische Nachhaltigkeit als Berücksichtigung und Einhaltung der Belastungsgrenzen der Erde; unmittelbar bedeutet dies die Abkehr vom Einsatz fossiler Brennstoffe und die Senkung von Treibhausgasemissionen und Aufrechterhaltung der Artenvielfalt.

6. Grundsätze einer Reform

Die Beachtung von drei Reformprinzipien ist Voraussetzung für den Erfolg der Reformagenda:

6.1 Integriertes Gesamtkonzept statt isolierter Einzelreformen

Alle Einzelziele dürfen nicht isoliert betrachtet und verfolgt werden. Sie müssen simultan und einander unterstützend umgesetzt werden. Nur dann sind Synergien und Mehrfachdividenden aus den Reformanstrengungen zu lukrieren. Isolierte Strategien sind ineffizient, teuer und liefern suboptimale Ergebnisse. Mögliche Zielkonflikte sind zu analysieren und, wenn möglich, zu verringern.

6.2 Streben an die Spitze statt Orientierung am Durchschnitt

Die Reformagenda basiert auf der Ambition, zur Gruppe der führenden Länder aufzuschließen bzw. in diese Gruppe zurückzukehren:

- Sie setzt ihren Schwerpunkt nicht auf Senkung der Kosten, sondern auf Steigerung der Produktivität – besonders der Energie- und Materialproduktivität – und auf die Entwicklung forschungs- und skillintensiver Spezialisierung.
- Sie fördert die ökonomische Dynamik durch Strukturwandel, Steigerung von Qualifikation und Innovationen.
- Sie mobilisiert durch anspruchsvolle soziale und ökologische Standards gleichzeitig Inlandsnachfrage und Exportfähigkeit.

6.3 Reprogrammierung und Umbau der Wirtschaft in zwei Phasen

Die aktuell niedrigen Wachstumsraten in Österreich, aber auch die zu erwartende langfristig gedämpfte Dynamik in den Industrieländern erfordert eine Umsetzung der Reformagenda in zwei Phasen:

- Die erste Phase ist geprägt von akuten Notwendigkeiten, die Arbeitslosigkeit zu senken, die Staatsverschuldung zu verringern sowie die Einkommens- und Vermögensungleichheit zu mildern. Das erfordert ein höheres Wachstum als in den Jahren seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 und daher stärkere

wachstumsfördernde Elemente. Gleichzeitig müssen aber schon in dieser Phase die Weichen für einen sozioökologischen Umbau ("Reprogrammierung") gestellt werden, was auch ein zukunftsorientiertes, nachhaltiges Wachstum stärkt: Investitionen in die Dekarbonisierung beenden den Investitionsstau, die Erhöhung der niedrigen Nettolöhne belebt den Konsum, Reformen staatlicher Abgaben, Ausgaben und Regulierungen stärken die Investitionsbereitschaft und kommen letztlich auch dem Export zugute.

- In der zweiten Phase muss als Maxime gelten, selbst aus niedrigerem Wachstum mehr Wohlstand zu schöpfen. Das erfordert Einstellungs- und Verhaltensänderungen (z. B. Car-Sharing statt Autokauf, Herstellung dauerhafterer und qualitativ höherwertiger Güter, Prävention zur Erhaltung der Gesundheit), neue Anreize (Preisänderungen und Regulierung) und ebenso eine neue Infrastruktur (Städte, Verkehr, Bausubstanz, Teleworking).

Die Umsetzung eines Gesamtkonzepts erfordert Leadership und Initiative sowie die zielorientierte Umsetzung durch die Regierung und bezieht Experten und Expertinnen, Sozialpartner, Nicht-Regierungsorganisationen, Zivilgesellschaft und besonders auch neue Akteure (Jugend, Migranten und Migrantinnen) mit ein. Klare Zielvorgaben und ein Monitoring des Erfolges müssen das Tempo der Reformen garantieren. Es muss darauf geachtet werden, dass die Dichte und Komplexität der Regulierungen nicht steigt, sondern sinkt und dass die Wahlmöglichkeiten und Optionen für Unternehmen und Menschen zur Gestaltung ihrer Lebensumstände zunehmen.

7. Reformschwerpunkte

Um wieder eine Spitzenposition zu erlangen, sind fünf Reformschwerpunkte besonders wichtig:

- Österreich muss im Innovationsbereich eine Spitzenstellung erreichen und gleichzeitig den Schwerpunkt des technischen Fortschrittes von der Steigerung der Arbeitsproduktivität auf die Steigerung der Energie- und Ressourcenproduktivität verlagern. Innovationen sind die Basis für eine Stärkung der Dynamik, Ausweitung der Beschäftigung und die Erreichung der Klimaziele.
- Das Wirtschaftswachstum muss kurz- und mittelfristig beschleunigt werden. Dazu braucht es effiziente Anreize sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite: Investitionen in neue Infrastruktur, die die Nutzung neuer Technologien zur Effizienzsteigerung und zur Lösung gesellschaftlicher Probleme forcieren und die Treibhausgasemissionen senken, Ausbau der technologischen Spitzenposition wie etwa im Maschinen- und Fahrzeugbau und der Elektromobilität auch zur Stärkung des Exports, Verringerung der Einkommensunterschiede und deutliche Senkung der Sozialabgaben und Lohnnebenkosten zur Belebung des Konsums.
- Das zentrale Problem auf dem Arbeitsmarkt ist die Kluft zwischen angebotenen und nachgefragten Qualifikationen. Eine Qualifizierungsstrategie und eine symmetrische Flexibilisierung der Arbeitszeit mit einem Ausgleich von arbeitgeber- und arbeitnehmerseitigen Flexibilisierungspräferenzen sind vorrangige Lösungsansätze. Die Entlastung des Faktors Arbeit von Abgaben und Lohnnebenkosten ist eine Grundbedingung für die Senkung der Arbeitslosigkeit.
- Die 2015 von der UNO-Klimakonferenz beschlossene Dekarbonisierung der Wirtschaft und die Entkoppelung des Energie- und Materialverbrauches vom Wachstum sind für Österreich nicht nur Verpflichtung, sondern auch Chance. Der Start dazu muss der Abbau der Subventionen für fossile Energieträger sein. Österreich soll in den Bereichen Energieeffizienz und Umwelttechnologie die Technologieführerschaft anstreben und gezielt die Exportbasis verbreitern und vertiefen.
- Der öffentliche Sektor soll ein Motor der Reform werden, statt durch administrative Vorschriften und hohe Abgaben das Wirtschaftsklima zu belasten. Eine Reform der Abgabenstruktur weg vom Faktor Arbeit (Fernziel: Halbierung der Abgaben) hin zu Energie- und Umweltverbrauch sowie zu weiteren wachstums- und beschäftigungsverträglicheren Steuerquellen (Grund- und Immobilienvermögen, hohe Erbschaften; radikale Einschränkung von Steuerausnahmen) fördert Be-

schäftigung und nachhaltigere Technologien. Auf der Ausgabenseite kann die öffentliche Hand durch Infrastrukturinvestitionen und Beschaffungspolitik ökologische und soziale Innovationen unterstützen. Die Wettbewerbspolitik soll Betriebsgründungen schneller, billiger, flexibler machen und neue Quellen für Risikokapital und Startups erschließen. Effizienzpotentiale müssen gehoben werden, komplexe Zuständigkeiten (zwischen staatlichen Ebenen) bereinigt werden.

8. Projekte des Forschungsprogrammes

Neben den im Projekt WWWforEurope gewonnenen Erkenntnissen und der Aktualisierung der Vorschläge aus dem WIFO-Weißbuch (*Aiginger – Tichy – Walterskirchen*, 2006) werden im Rahmen des Forschungsprogrammes "Österreich 2025" 23 Forschungsprojekte zu spezifisch österreichischen Fragestellungen verfasst.

Die aus diesen Erkenntnissen abgeleiteten Politikempfehlungen zur Hebung des Wirtschaftswachstums und zur Verfolgung der Beyond-GDP-Ziele sind nicht als Menü zu verstehen, aus dem einzelne Punkte für eine wirtschaftspolitische Umsetzung herausgegriffen werden können. Angebots- und nachfrageorientierte Strategien müssen nämlich Hand in Hand gehen, um nicht nur ihre Wirkung voll entfalten zu können, sondern auch die durch singuläre Maßnahmen in anderen Bereichen möglicherweise entstehenden ungewollten negativen Effekte auszuschließen. Zugleich sollen angebots- und nachfrageorientierte Maßnahmen ökologischen und sozialen Anforderungen entsprechen, um ihre Mehrfachdividende zur Erreichung eines höheren Lebensstandards im Sinne der Beyond-GDP-Debatte realisieren zu können.

Die im Rahmen von "Österreich 2025" bearbeiteten Forschungsprojekte werden in den WIFO-Monatsberichten veröffentlicht. Die Textkästen fassen die jeweiligen Forschungsprojekte nach Themenschwerpunkten kurz zusammen. Einen detaillierteren Überblick über die vorliegenden Forschungsergebnisse geben bereits *Aiginger – Scheiblecker* (2016). Die Liste der 23 Teilprojekte findet sich auf der WIFO-Website unter http://www.wifo.ac.at/oesterreich_2025, die Liste der Forschungsergebnisse unter http://www.wifo.ac.at/oesterreich_2025/publikationen.

9. Zusammenfassung

Wie die anderen EU-Länder und teilweise alle Industrieländer steht Österreich vor großen Herausforderungen: Wirtschaftspolitische Reformen sind allerdings in Österreich dringlicher, weil die Einkommen zwar nach einem Anstieg in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu den höchsten der Industrieländer gehören, die Wirtschaft aber seit vier Jahren kaum – und seit zwei Jahren auch schwächer als im EU-Durchschnitt – wächst und sich dadurch die Arbeitslosenquote (nach nationaler Definition) der Marke von 10% nähert. Österreich muss auf eine Strategie umschwenken, die zurück an die Spitze führt und die diese Position ausbauen und auf neue Herausforderungen antworten kann. Die geographische Lage Österreichs, eine leistungsfähige Industrie und ihre Spezialisierung bieten die Chance für eine erfolgreiche Frontrunner-Strategie. Gefordert sind dafür aber neue Lösungsansätze.

Die Unterbrechung des Aufholprozesses ist nicht auf ein großes Versäumnis oder auf eine einzige Ursache zurückzuführen. Sie ist auch nicht so gravierend, dass Österreich zwangsläufig und dauerhaft zurückfallen muss – wie die nationalen und internationalen Prognosen zeigen. Aber gerade deshalb ist es nicht einfacher gegenzusteuern, weil die Wettbewerbsvorteile nur langsam erodieren und die Probleme nicht immer schlagartig sichtbar werden.

- Viele Probleme beruhen auf dem Einsatz von Strategien, die durchaus adäquat waren, um von der Mitte zur Spitze vorzustoßen, die aber nicht ausreichten, um die Spitzenstellung auszubauen und langfristig abzusichern. Wirtschaftspolitische Rezepturen orientierten sich gerne an Vergleichen mit Ländern mittlerer Einkommensposition statt an den Strategien der führenden Länder. Dies gilt für das Ausbildungssystem, für das Innovationssystem und für die Ziele der Umweltpolitik.

- Ein zweites durchgängiges Problem ist die mangelnde Zielorientierung und Effizienz des öffentlichen Sektors und seiner Subsysteme wie Schulen, Innovationen, Universitäten, Gesundheit, Förderungen. Durchwegs sind die Inputs relativ groß, die Leistungsindikatoren eher durchschnittlich, die Transparenz gering. Die Arbeitsteilung zwischen den Teilsystemen (Bund, Länder, Gemeinden, ausgelagerte Institutionen) ist unübersichtlich und nicht durch klare Verantwortlichkeiten geprägt.

Die Wachstumschwäche in den vergangenen vier Jahren und die Stagnation seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 (2008/2015 +0,4% p. a.) haben die Rolle des Wachstums für Österreichs Wohlfahrtsentwicklung deutlich gemacht. Die Arbeitslosigkeit nahm zu und steigt auch 2016 weiter, obwohl sie in anderen europäischen Ländern bereits sinkt.

In dieser Situation ist eine wirtschaftspolitische Agenda für eine Stärkung der Dynamik, der Lebensqualität und des sozialen Ausgleichs notwendig. Sie muss sich an Anforderungen an eine Spitzenposition orientieren, insbesondere auf einem ausgezeichneten Innovations- und Bildungssystem aufbauen und von einem schlanken, ziel- und zukunftsorientierten öffentlichen Sektor unterstützt werden.

Die durchgehenden Reformprinzipien sind:

- Erstens müssen alle Einzelziele in einem systemischen, simultanen und einander unterstützenden Ansatz umgesetzt werden, sie dürfen nicht isoliert verfolgt werden. Wenn etwa eine Anhebung der Energiepreise notwendig ist, müssen komplementär die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit (noch deutlicher) sinken und Forschung und Qualifikation zur Substitution teurer Energietechnologien forciert werden.
- Zweitens muss die Reformagenda ihre Ambitionen an der Benchmark der führenden Länder orientieren (High-Road-Strategie), sie darf nicht auf niedrigere Löhne oder Standards setzen.
- Drittens muss in einer Zwei-Stufen-Strategie die Wirtschaft zunächst bis 2025 wieder deutlich rascher wachsen, sich aber gleichzeitig dafür rüsten, dass sie in der zweiten Phase und langfristig auch mit niedrigeren Wachstumsraten kräftige Wohlfahrtsgewinne und Vollbeschäftigung erreichen kann.

Unter Berücksichtigung dieses neuen Erfolgsmaßes und der Reformprinzipien definiert "Österreich 2025" fünf Bereiche, in denen Reformen zu Motoren des Wandels und der Erneuerung werden:

- Österreich muss im Innovationsbereich eine Spitzenstellung erreichen und gleichzeitig den Schwerpunkt des technischen Fortschrittes von der Steigerung der Arbeitsproduktivität zur Erhöhung der Energie- und Ressourcenproduktivität verlagern.
- Die Dynamik der Wirtschaft ist durch Investitionen in eine neue Infrastruktur zu beleben, die die Nutzung neuer Technologien forciert und Emissionen spart. Exzellenz in neuen Bau- und Antriebstechnologien und in der "Industrie 4.0" ist aufgrund der gegebenen Stärken im Maschinen- und Fahrzeugbau und im Bereich der Patente für Elektromobilität möglich, sodass diese Technologien auch den Export stärken können. Eine Verringerung der Einkommensunterschiede und eine deutliche Senkung der Sozialabgaben und Lohnnebenkosten können den Konsum beleben. Eine Ausweitung des Exportradius, Vertiefung der Spezialisierung und Verbreiterung in Sparten mit Weltmarktführerschaft sollen die Marktanteile steigern.
- Der Arbeitsmarkt ist von einem wachsenden Angebot unzureichender Qualifikationen geprägt. Die Qualität des Humankapitals muss generell – besonders aber im bisher geringqualifizierten Bereich – angehoben werden. Der Sozialstaat muss von einer nachträglichen Absicherung gegen bereits eingetretene Risiken zu einem System präventiver sozialer Investitionen umgebaut werden. Diese sollen jene Qualifikationen stärken, die das Risiko der Arbeitslosigkeit und der gesundheitlichen Belastung senken.

- Die Steigerung von Energie- und Ressourceneffizienz soll sich an den Zielen der Pariser Klimakonferenz von 2015 orientieren. Der Anteil erneuerbarer Energie muss steigen, die Treibhausgasemissionen um vier Fünftel sinken. In den Bereichen Energieeffizienz und Umwelttechnologie soll Österreich eine technologische Führungsposition anstreben. Eine strategisch vorbereitete und gut kommunizierte Vorreiterposition verbessert die Lebensqualität und bringt auch ökonomische Vorteile, weil sie die Entwicklung von neuen Technologien und deren Export ermöglicht.
- Der öffentliche Sektor muss zu einem Motor der Reformen werden, statt durch administrative Vorschriften und hohe Abgaben das Wirtschaftsklima zu belasten. Dazu muss die Abgabenstruktur geändert werden, der Faktor Arbeit muss entlastet werden (Fernziel: Halbierung der Abgaben), Tätigkeiten mit negativen externen Effekten müssen besteuert werden. Das Abgabensystem muss zur Verringerung der Vermögensungleichverteilung beitragen, soweit dies im internationalen Steuerwettkampf möglich ist.
- Nach einer Periode sehr erfolgreicher Entwicklung steht Österreich an der Weggabelung zwischen einem langsamen, aber stetigen Positionsverlust oder der Rückkehr zur Spitzenposition. Das Forschungsprogramm "Österreich 2025" schlägt – basierend auf vergangenen WIFO-Studien und internationalen Analysen sowie neuen empirischen Arbeiten – eine Agenda vor, die das Modell Österreich wieder zu einem erfolgreichen Konzept macht, das auch verstärkt in die Diskussion der EU-Länder eingebracht werden kann.

10. Literaturhinweise

- Aiginger, K., New Dynamics for Europe: Reaping the Benefits of Socio-ecological Transition. Part I: Synthesis, WWWforEurope Synthesis Report, Wien, 2016, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/58791>.
- Aiginger, K., Scheiblecker, M., Österreich 2025 – Eine Agenda für mehr Dynamik, sozialen Ausgleich und ökologische Nachhaltigkeit. Fortschrittsbericht, WIFO, Wien, 2016, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/58885>.
- Aiginger, K., Tichy, G., Walterskirchen, E., WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation. Zusammenfassung, WIFO, Wien, 2006, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/27639>.
- Baumgartner, J., Kaniowski, S., "Update der mittelfristigen Prognose der österreichischen Wirtschaft 2016 bis 2020", WIFO-Monatsberichte, 2016, 89(4), S. 219-225, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58798>.
- Breuss, F., "In Search of Growth in a Future with Diminished Expectations. The Case of Austria", WIFO Working Papers, 2015, (493), <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/50898>.
- Hollanders, H., Es-Sadki, N., Kanerva, M., Innovation Union Scoreboard 2015, Europäische Kommission, Brüssel, 2015.
- OECD, "Policy challenges for the next 50 years", OECD Economic Policy Paper, 2014, (9).
- OECD, The Economic Consequences of Climate Change, Paris, 2015.
- Peneder, M., "Warum die Neue Industriepolitik die Deindustrialisierung beschleunigen wird", FIW Policy Brief, 2014, (23), <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/56986>.
- Porter, M. E., van der Linde, C. (1995A), "Toward a New Conception of the Environment-Competitiveness Relationship", Journal of Economic Perspectives, 1995, (9), S. 97-118.
- Porter, M. E., van der Linde, C. (1995B), "Green and Competitive: Ending the Stalemate", Harvard Business Review, 1995, 73(5), S. 119-134.
- Rocha-Akis, S., Bierbaumer-Polly, J., Einsiedl, M., Guger, A., Klien, M., Leoni, Th., Lutz, H., Mayrhuber, Ch., Umverteilung durch den Staat in Österreich, WIFO, Wien, 2016, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/58820>.
- Scheiblecker, M., "Österreichs Wirtschaft im Rückstand?", WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(6), S. 497-510, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58214>.
- Schiman, St., Langfristige Perspektiven der öffentlichen Finanzen in Österreich. Projektionen des Staatshaushalts bis 2060, WIFO, Wien, 2016, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/58802>.
- Schleicher, St., Köppl, A., Policy Brief: Die Klimakonferenz 2015 in Paris. Neue Markierungen für die Klimapolitik?, WIFO, Wien, 2015, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/58514>.
- Stern, N. H., The economics of climate change: the Stern review, Cambridge University Press, Cambridge, 2007.
- United Nations Framework Convention on Climate Change, Adoption of the Paris Agreement, Conference of the Parties, Twenty-first session, Bonn, 2015.